

Schweizer Sicherheitspolitik zwischen Alleingang und Integration

Der deutsche Generalinspekteur an einer Tagung in Zürich

Auf private Initiative hin haben elf staatsbürgerliche und militärische Vereinigungen am Samstag in der ETH Zürich eine Tagung zum Thema «Sicherheitspolitik und Medien – Schweizerische Sicherheitspolitik in einem Europa von morgen» durchgeführt. Als Gastredner beurteilte der Generalinspekteur der deutschen Bundeswehr, Klaus Naumann, die Lage. Im Schlusspodium mischten sich konservative Meinungen mit fortschrittlichen Auffassungen über die Rolle der Schweiz in einem neuen sicherheitspolitischen Umfeld.

Krisenherde der multipolaren Welt

gir. Staatsbürgerliche und militärische Vereinigungen sahen sich angesichts der (ihrer Meinung nach bestehenden) sicherheitspolitischen Orientierungslosigkeit der Bevölkerung veranlasst, eine Tagung zum Thema «Sicherheitspolitik und Medien» zu veranstalten. Der Einladung folgte ein hochkarätiges Fachpublikum aus Politik, Wirtschaft, Medien und Militär. Den Auftakt zur Tagung bildete ein vielbeachtetes Referat des Generalinspektors der deutschen Bundeswehr, Klaus Naumann. Der General konzentrierte sich zwar ausdrücklich auf deutsche Positionen und auf die Herausforderung an die Bundeswehr. Doch konnten zahlreiche Standpunkte auch für den Nachbarn Schweiz übernommen werden.

Die rasanten Änderungen der weltpolitischen Lage mit ihren geostrategischen Auswirkungen bedingen nach Naumann ein *Neuüberdenken* der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen. Nach dem Ende des kalten Krieges ist die Gefahr eines militärischen Angriffs auf Westeuropa kurz- und mittelfristig weitgehend gebannt. Neben der weiterhin bestehenden Weltraum- und Nuklearmacht der GUS verursacht das Nord-Süd-Gefälle, einhergehend mit einem «Krisenbogen» zwischen Marokko und Indonesien, zwar keine existenzbedrohende Gefahr, jedoch eine nicht zu kontrollierende Krisenlage. Parallel dazu bilden sich neue Machtzentren, die ebenfalls zu den *Krisenherden* einer *multipolaren Welt* führten.

Militärische Neuorientierung

Diese Risikofaktoren, die zumindest für eine relativ lange Übergangszeit bestehen bleiben dürften, müssen nach Naumann als Ausgangslage für eine Neuorientierung gelten. Die politische Aufgabe für Deutschland (und wohl auch für seine Nachbarn) muss die *Konfliktverhinderung* und die *Friedenssicherung* sein. Jede militärische Neuorientierung hat sich nach diesem politischen Ziel zu richten. In diesem Zusammenhang sei die einzige wirkungsvolle Lösung eine politische Union, so dass auch das Prinzip der Nationalstaatlichkeit hinterfragt werden müsse. Das Denken im Verbund mit aufeinander abgestimmten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Mitteln muss im Vordergrund stehen. Etwas resigniert räumte Naumann ein, dass eine solche Neuorientierung nur möglich sei, wenn die Perspektive einer *Friedensordnung* in und für Europa genügend umrissen wäre.

Sechs politisch vorgegebene Sicherheitsinteressen haben dem Ziel der Konfliktverhinderung zu dienen, darunter die kollektive, bündnisgebundene Sicherheits- und Verteidigungspolitik im atlantischen Rahmen, die Vorbeugung jeglicher Art von Krisen und Konflikten, die Förderung des *Demokratieprozesses* und des wirtschaftlichen Aufschwungs in den Ländern Mittelost-, Südost- und Osteuropas sowie die Fortsetzung einer am Ziel der Stabilität und der Vertrauensbildung orientierten Abrüstung. Diese Interessen habe hauptsächlich die *Nato* zu verfolgen, die zusammen mit der EG und der WEU die eigentliche «Exekutive» bildet, während die KSZE – und in einem noch grösseren Rahmen die Uno – als «Legislative» wirken.

Vollzogen werden diese zu verfolgenden Sicherheitsinteressen durch eine Strategie, die den rasch verfügbaren *Reaktionskräften* den Vorrang einräumt (Verhinderung der Angriffe auf einen oder mehrere Bündnispartner). Die Rüstungskontrolle hat innerhalb der KSZE-Staaten zu erfolgen und darf nicht wie früher auf die *Nato* und den Warschauer Pakt beschränkt bleiben. Die *Streitkräfte* haben eine Strategie «aktiv ordnender, nicht reaktiver Konfliktverhinderung» zu verfolgen. Im Vordergrund steht die *Multifunktionalität* ihrer Aufgaben. Humanitäre Dienste werden durch die Aufnahme von Flüchtenden und Hungernden und die Bewahrung von deren Sicherheit geleistet. Um diese neuen Aufgaben erfüllen zu können, müssen sich die Streitkräfte vor allem für den präventiven Einsatz vorbereiten. Es gilt, die Bevölkerung und die Umwelt zu schützen, bevor der Schaden eingetreten ist. Naumann betonte, dass auch beim Gegner eine Schadensminimierung anzustreben ist: Der «Feind» muss nach dem Konflikt als Partner für den Frieden gelten können.

Schweizer Annäherung an die WEU

In fünf *Workshops* wurden anschliessend eingehend Aspekte zur zukünftigen Rolle der Schweizer Milizarmee im neuen europäischen Sicherheitsumfeld beleuchtet. In einer Gruppe unter dem Titel «Die Schweiz – sicherheitspolitisch ein europäischer Aussenseiter» liess der KSZE-Delegierte Josef Schärli beispielsweise deutlich durchblicken, dass die Schweiz sich stärker der WEU anlehnen und längerfristig formelle Verbindungen aufzunehmen habe. Die Solidarität